



Partizipation ist alles!

Wenn Sie als politisch Verantwortliche und TeilnehmerInnen des Runden Tisches Prostitution, Berlin, sich einen faktenreichen, realitätsnahen und detaillierten Überblick über den großen Wirtschaftsbereich Prostitution in Berlin und gezielte Einblicke verschaffen wollen

und

wenn Sie angetreten sind, Regelungen (in welchem Rechtsbereich?) für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit zu diskutieren, zu verabschieden und in die Praxis umzusetzen,

geht dies am besten auf der Basis eines partizipativen Ansatzes mit den in der Prostitution Betroffenen: den Sexarbeiter*innen, den Kunden und den BordellbetreiberInnen.

Partizipation bedeutet nicht nur Teilnahme, sondern auch Teilhabe an Entstehungsprozessen, der Durchführung und Fortentwicklung und letztendlich auch an der Entscheidungsmacht. So kommen unterschiedliche Ressourcen und Blickwinkel zusammen, die Zielgruppen werden erreicht, motiviert und in den Stand versetzt, in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess selbstständig und eigenverantwortlich zu entscheiden.

Letztendlich bietet diese Methode eine gewisse Gewähr, dass beide sich bei einer rechtzeitigen Einbeziehung und Beteiligung als „Mitwirkende“ verstehen, Einfluss nehmen, partnerschaftlich zusammenarbeiten und dies Auswirkungen auf die Durchführung und die Nachhaltigkeit dieses neuen Ansatzes haben wird.

In anderen Bereichen der Arbeitswelt hat eine gewisse Zusammenarbeit Tradition und die Forderung nach Partizipation gilt als eine selbstverständliche Voraussetzung. Sie sollte für den Runden Tisch Prostitution erst recht als unabdingbar gelten, weil es in dieser diskriminierten, immer nur mit einer kriminalistischen Brille betrachteten Branche keine starke und breite Lobby gibt. Und auch die Beteiligten sind weder gewohnt, ihre

Interesse selbst zu vertreten, noch setzen sie in eine eigene Vertretung Vertrauen, dass diese Großes bewirken kann.

Hier sollten die Verwaltung und die Politik der Prostitutionsbranche die Hand reichen und quasi in Vorleistung treten, um zunächst ein Agieren auf Augenhöhe auch nur annähernd herzustellen:

- gleiche Anzahl der VertreterInnen,
- gleiches Stimmrecht,
- gleiche Redezeit,
- gleiches Gehalt/Honorar.

„Gleichheit“ ist hier sicher nur schwer herzustellen. Allein zwischen den Gehältern der verschiedenen VertreterInnen der Verwaltung „liegen wohl Welten“. Aber Sexarbeiter*innen mit einer Aufwandsentschädigung von 20 Euro pro Sitzung (oder ein wenig mehr) zu entlohnen, mutet dagegen eher an eine Beleidigung denn an ein echtes Bemühen um einen respektvollen Dialog (- während die VertreterInnen der Verbände offensichtlich leer ausgehen sollen -): und zwar für die Zeit der Vorbereitung, Nachbereitung der Sitzungen des Runden Tisches und der Ausschüsse. Dabei wird natürlich davon ausgegangen, dass diese ihr gesamtes Knowhow zur Verfügung stellen. Einem Knowhow, worüber alle anderen nicht verfügen!

Und selbstverständlich wird erwartet, dass es einen Rückfluss der Infos in die Branche gibt... als Vorbereitung auf eine erfolgreiche Umsetzung der Ergebnisse in der Branche.

Natürlich kann man Regelungen und Gesetze per Diskret verordnen und die Umsetzung mit Sanktionen durchsetzen. Diesen Weg ist die Politik in den letzten Jahrzehnten – ohne viel Erfolg – konsequent gegangen. Wäre es da nicht an der Zeit, nach erfolgreicherer Lösungen zu suchen?

- gemeinsam mit den Betroffenen und nicht gegen deren Widerstand,
- für Verbesserungen für die Betroffenen, was letztendlich ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft darstellt,
- und dabei von anderen Branchen und deren Entwicklungen zu lernen, zumindest deren Lösungen auf Übertragbarkeit zu prüfen.

Wir wollen nicht nur Datenlieferanten sein, sondern zu unserem Wohl mitbestimmen.

Stephanie Klee
Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e. V.
www.bsd-ev.info
Dezember 2018